

Protokoll

über die **Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages**
vom 25. November 2014

im Verwaltungsgebäude VI in Wittmund, Dohuser Weg 34, Raum Harlingerland

Anwesend :

Vorsitzender:

Ihnen, Enno

Mitglieder:

Assing, Peter

Freimuth, Erwin

Kirchhoff, Holger

Vertretung für Frau Edeltraut Coordes

Kunze, Egon

Vertretung für Herrn Wilhelm Niemand

Lohfeld, Hans-Hermann

Mammen, Martin

Meyer, Inge

Anwesend bis 15.50 Uhr

Rahmann, Hermann

Schild, Johannes

Siebelts, Siebo

Vertretung für Frau Birgit Becker

Sachverständige(r):

Fejes, Bettina

Weigelt, Hans-Jürgen

von der Verwaltung:

Köring, Matthias

Anwesend bis 15.50 Uhr

Hinrichs, Hans

Cassens, Uwe

Garlichs, Hermann

Klesse, Andreas

Protokollführung:

Wilken, Günther

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Sozialausschusses um 14.30 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Sachverständigen, die Vertreter der Kreisverwaltung, die Vertreter der Presse, Frau Panknin-Rah und einige Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß ergangen und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorhergegangenen Sitzung am 26.06.2014

Das Protokoll der Sitzung vom 26.06.2014 wird mit 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Klaus Sweers fragt in seiner Tätigkeit als Integrationslotse an, wieso bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnungen, die teilweise bauliche Mängel aufweisen, nicht Mitarbeiter des Bauamtes bzw. des Gebäudemanagements mit eingesetzt werden. Er empfiehlt außerdem, die von Asylbewerbern zu unterschreibenden Mietverträge in deren Landessprache übersetzen zu lassen.

Herr Landrat Köring weist darauf hin, dass im Einzelfall bei Unterbringungen der Asylbewerber grundsätzlich die Möglichkeit bestünde andere Fachämter zu beteiligen oder mit einzuschalten und bat Herrn Sweers darum, diese Einzelheiten im betreffenden Einzelfall mit der Kreisverwaltung zu besprechen.

TOP 6 Vorstellung der Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen Vorlage: 0045/2014

Der Vorsitzende erteilt Frau Panknin-Rah das Wort.

Frau Panknin-Rah erläutert ausführlich im allgemeinen den Aufgabenbereich der Eingliederungshilfe und im besonderen ihre Tätigkeit der Hilfeplanung. Hinsichtlich der Inhalte wird auf die dem Protokoll beigefügte Anlage verwiesen.

Landrat Köring bedankt sich bei Frau Panknin-Rah für die ausführliche Präsentation und teilt mit, dass es aufgrund der Bedeutung der Arbeit in der Hilfeplanung geplant ist, aus der bisherigen halben Stelle eine Vollzeitstelle zu schaffen.

Kreistagsabgeordneter Lohfeld bedankt sich ebenfalls für die Informationen bei Frau Panknin-Rah und weist darauf hin, dass aufgrund u.a. der in den Schulen eingeführten Inklusion die Aufstockung der Stelle angebracht ist.

TOP 7 Unterbringung von Asylbewerbern

Vorlage: 0109/2014

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Landrat Köring erläutert nochmals ausführlich die problematische Situation bei der derzeitigen Unterbringung der neuzugewiesenen Asylbewerber in Wohnungen.

Derzeit werden dem Landkreis ca. 25 Wohnungen angeboten, von denen derzeit 4 Wohnungen ab 10.12.2014 bezugsfertig sein werden, wenn durch die Diakonie die Möbelausstattung der Wohnungen erfolgt ist. Der Landkreis steht mit den weiterhin stark ansteigenden Zahlen der Zuweisungen von Asylbewerbern vor einer großen Herausforderung und es wird um Verständnis und Unterstützung bei der Lösung der Probleme der Unterbringung gebeten. Die Eckpunkte für die weitere Vorgehensweise werden entsprechend der Vorlage nochmals ausführlich dargestellt.

Die Unterbringung in einer Sammelunterkunft soll allenfalls als Übergangslösung erfolgen bis eine entsprechende dezentrale Wohnung für die Asylbewerber gefunden ist

Kreistagsabgeordneter Mammen weist darauf hin, dass es ein schwieriges Thema sei und die Aufnahme von Asylbewerbern eine mitmenschliche Pflicht darstelle. Wichtig sei bei der Unterbringung von Asylbewerbern die jeweiligen Gemeinden und Anwohner rechtzeitig zu informieren. Hinsichtlich der Ausstattung der Wohnung sollte ein Standardkatalog entwickelt werden. Die zentrale Unterbringung birgt gewisse Hemmschwellen und sollte nur als Eingangsportale genutzt werden und danach weiterhin dezentral untergebracht werden.

Kreistagsabgeordneter Assing weist darauf hin, dass schon länger ersichtlich war, dass die jetzige Situation und Problematik der Unterbringung entstehen würde und kritisierte, dass seinerzeit das Angebot eines Bauunternehmers, das ehemalige OS-Gebäude in Friedeburg aufzukaufen und zu Wohnungen umzubauen nicht angenommen wurde und das Gebäude immer noch leer stehe.

Landrat Köring gibt zu bedenken, dass der Kaufpreis des besagten Unternehmers seinerzeit weit unter dem Richt- u. Bodenwertpreis lag und ein Verkauf unter den Umständen einen Rechtsverstoss dargestellt hätte. Im übrigen sei das OS-Gebäude der falsche Standort mit der Schule und Kindergarten in direkter Umgebung und das Gebäude wäre für eine Wohnnutzung nicht entsprechend ausgestattet.

Kreistagsabgeordneter Lohfeld weist darauf hin, dass eine Integration der neuzugewiesenen Asylbewerber leichter gelingt, wenn weiterhin dezentral untergebracht wird. Trotzdem soll der Verwaltung die Ermächtigung gegeben werden, die Planung für eine Sammelunterkunft voranzutreiben.

Kreistagsabgeordneter Schild fügt hinzu, dass hier Handlungsfähigkeiten für die Verwaltung geschaffen werden müssen, da große Unbekannte im Spiel seien, die nicht eingeschätzt werden können.

Nach eingehender Diskussion wird entschieden, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Grundsätzlich soll weiterhin an einer dezentralen Unterbringung der dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber festgehalten werden. Die Verwaltung wird ermächtigt in Einzelfällen im erforderlichen Umfang Wohnungen selbst anzumieten und für eine Nutzung durch Asylbewerber zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Einrichtung zentraler Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Wittmund voranzutreiben und zugleich ermächtigt, falls eine dezentrale Unterbringung nicht mehr sichergestellt werden kann, geeignete Objekte auszuwählen, anzumieten und ggf. entsprechend herrichten zu lassen sowie Vereinbarungen mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege oder gewerblichen Anbietern über die Bereitstellung von Dienstleistungen im Rahmen einer zentralen Unterbringung (z.B. hauswirtschaftliche Versorgung, Hausmeister- und ggf. Wachdienste, evtl. Shuttleservice, soziale Betreuung) zu treffen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die zuvor beschriebenen Maßnahmen sind im Haushaltsplan 2015 einzuplanen.

**TOP 8 Antrag des Hospiz-Dienstes für den Landkreis Wittmund e. V. auf
Gewährung eines Kreiszuschusses
Vorlage: 0100/2014**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Landrat Köring weist darauf hin, dass mit der Betreuung älterer, schwerkranker und der Begleitung sterbender Mitbürger im Landkreis durch den Hospiz-Dienst eine hervorragende Arbeit geleistet wird, insbesondere durch die ehrenamtlich Tätigen, die in Familien hineingehen und unterstützend helfen. Der Hospiz-Dienst beantragt für die Finanzierung seiner Personal- u. Sachkosten ab 2015 einen jährlichen Kreiszuschuss in Höhe von 12.000 EUR. Laut Umfragen bei den Nachbarlandkreisen gewährt der Landkreis Aurich für Qualifizierungen bei der Hospiz-Arbeit einen Betrag von 6.000 EUR jährlich, die anderen Landkreise, Städte im ostfriesischen Bereich gewähren keine Zuschüsse für die Hospiz-Arbeit. Da die Arbeit des Hospiz-Dienstes als wichtiges Element im Sinne der sozialen Daseinsvorsorge anzusehen ist, soll mit dem Zuschuss die Finanzierung der Qualifikation der ehrenamtlich Tätigen gewährleistet werden.

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird mit 1 Gegenstimme empfohlen zu beschließen:

Dem Hospiz-Dienst im Landkreis Wittmund e.V. wird für die Finanzierung seiner laufenden Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Kreiszuschuss in Höhe von bis zu 6.000 EUR/Jahr ab dem Haushaltsjahr 2015 gewährt. Entsprechende Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

**TOP 9 Förderung des AWO Mehrgenerationenhauses in Esens
Vorlage: 0088/2014**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs weist darauf hin, dass das Bundesfamilienministerium den Förderzuschuss seit 2012 reduziert hat. Die enge Zusammenarbeit des Mehrgenerationenhauses mit dem Senioren- u. Pflegestützpunkt ist wichtig, um den Senioren die erforderliche Beratung im Bereich Pflege und Alltagsbewältigung zu ermöglichen.

Kreistagsabgeordneter Mammen bestätigt, dass die vielfältigen Angebote im Mehrgenerationenhaus von der Bevölkerung gut angenommen werden.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Das AWO Mehrgenerationenhaus in Esens wird ab 2015 mit einem jährlichen Betrag von 2.500 EUR gefördert. Voraussetzung hierfür ist, dass eine Förderung aus Bundesmitteln mit 30.000 EUR, aus Landesmitteln mit 5.000 EUR und eine Förderung durch die Stadt Esens mit 2.500 EUR erfolgt.

TOP 10 Antrag des Ev.-luth. Kirchenkreises Harlingerland auf Fortsetzung der Mitfinanzierung der Beratungsarbeit der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle
Vorlage: 0106/2014

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs führt dazu aus, dass in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils ein Zuschuss von 10.000 EUR jährlich zur Mitfinanzierung der Beratungsarbeit der Schwangeren- u. Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle gewährt wurde. Es handelt sich hierbei um eine sehr wichtige Arbeit, die auch dem Landkreis als örtlichen Träger der Jugendhilfe zugute kommt, so dass eine weitere finanzielle Unterstützung befürwortet wird.

Herr Weigelt bedankt sich für die Würdigung der Arbeit der Schwangerenberatung und freut sich, dass durch die finanzielle Unterstützung langfristig eine Stelle beim Kirchenkreis sichergestellt werden kann.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Dem Ev.-luth. Kirchenkreis Harlingerland wird zur Mitfinanzierung der Beratungsarbeit der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle ab dem Haushaltsjahr 2015 weiterhin ein Kreiszuschuss in Höhe von 10.000 EUR/Jahr gewährt.

TOP 11 Rückblick des Jobcenters Wittmund auf das Jahr 2013
Vorlage: 0113/2014

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Garlichs führt dazu aus, dass der Landkreis die Aufgaben des SGB II seit dem Jahre 2012 in eigener Verantwortung wahrnimmt. Nach den großen Umstellungen aufgrund der Option konnte im Jahr 2013 an die kontinuierliche Arbeit der Vergangenheit angeknüpft werden. Auf Seite 5 des Eingliederungsberichtes 2013 wird deutlich, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erneut zurückgegangen ist und somit bei vielen Erwerbsfähigen die Bedürftigkeit beseitigt und der Personenkreis in Arbeit integriert werden konnte. Zusammenfassend ist man mit der positiven Entwicklung der Beschäftigungssituation und dem Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zufrieden.

Der Sozialausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Mammen teilt mit, dass im Bereich Hotel / Gaststätten häufig geklagt wird, dass dort zu wenig Arbeitskräfte einsteigen; außerdem wird angefragt, ob mit dem Projekt 50 + viele ältere Arbeitslose wieder eingegliedert werden.

Herr Garlichs teilt dazu mit, dass im Hotel- u. Gaststättenbereich insbesondere die Standorte an der Küste zu Schwierigkeiten führen u.a. hinsichtlich der Anfahrtswege und der ungünstigen Arbeitszeiten. Hinsichtlich des Projektes 50 + nimmt die Zahl der Maßnahmen zu, allerdings läuft das von der Bundesregierung mit zusätzlichen Mitteln geförderte Projekt Ende 2015 aus.

**TOP 12 Rückblick auf das laufende Jahr 2014, Mittelbewirtschaftung und
Maßnahmeplanung 2015 (Arbeitsmarktprogramm 2015)
Vorlage: 0111/2014**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Garlichs teilt mit, dass im Jahr 2014 viel erreicht wurde, so wurden mit dem Arbeitsmarktprogramm Trainings- und Aktivierungszentrum (TAZ) zum 01.04.2014 gute Fortschritte gemacht und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gesenkt. Mit dem Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten werden somit für das Jahr 2015 auch weniger Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Es wird insoweit auf die Ausführungen in der Vorlage unter Punkt 3 der Sitzungsvorlage verwiesen. Hinsichtlich der Maßnahmeplanungen werden u.a. Ausführungen zu dem im Rahmen einer Werkakademie von dem Holländer Dick Vink entwickelten Konzept „Work first“ und zu dem Bundesprogramm für langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte gemacht und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass mit dem bestehenden Maßnahmenkatalog im Jobcenter gute Arbeit geleistet werden kann.

Kreistagsabgeordneter Schild weist darauf hin, dass sich die Jugendwerkstatt im ehemaligen Gebäude der StOV gut entwickelt hat.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Der vorgelegten Maßnahmeplanung für 2015 wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, weitere Mittel aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungsetat umzuschichten und die Maßnahmeplanung umzusetzen.

TOP 13 Verschiedenes

Frau Fejes weist darauf hin, dass die hausärztliche Versorgung für die neuzugewiesenen Asylbewerber schlechter wird, da die örtlichen Hausärzte oftmals keine neuen Patienten mehr aufnehmen, die Ärzte keine Hausbesuche mehr durchführen und zum Teil die Hausarztpraxen schließen. Sie regt an, dafür Sorge zu tragen, dass sich im Kreisgebiet wieder mehr Hausärzte ansiedeln.

TOP 14 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.15 Uhr.

Enno Ihnen
Vorsitzender

Matthias Köring
Landrat

Günther Wilken
Protokollführer